

Antrag 43/I/2025**Unterbezirksvorstand Teltow-Fläming, Ortsverein Luckenwalde****Der/Die Landesregierung möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission
zurückgestellt****Wehrhafte Demokratie sichern: Für einen starken Verfassungsschutz in Brandenburg**

- 1 1. Die SPD-geführte Landesregierung wird auf-
- 2 gefordert, unverzüglich eine Reformkommis-
- 3 sion zur Überprüfung der aktuellen Struk-
- 4 tur des Brandenburger Verfassungsschutzes
- 5 einzurichten. Die Kommission soll aus unab-
- 6 hängigen Experten, Angehörigen des Verfas-
- 7 sungsschutzes, des Ministerium des Inneren
- 8 und für Kommunales (MIK) sowie des Bran-
- 9 denburger Landtags bestehen.
- 10 2. Die Reformkommission soll insbesondere die
- 11 Herauslösung des Verfassungsschutzes aus
- 12 dem MIK und dessen Überführung in ein
- 13 eigenständiges Landesamt für Verfassungs-
- 14 schutz (LfV Brandenburg) als Landesoberbe-
- 15 hörde unter Fachaufsicht des MIK und Kontrol-
- 16 le der Parlamentarischen Kontrollkommission
- 17 (PKK), analog zu Modellen in anderen Bundes-
- 18 ländern (beispielsweise Sachsen), prüfen.
- 19 3. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert,
- 20 zusätzlich zu den notwendigen nicht-
- 21 öffentlichen Sitzungen der PKK auch re-
- 22 gelmäßige öffentliche Sitzungen abzuhalten,
- 23 analog zur Vorgehensweise des Parlamentari-
- 24 schen Kontrollgremiums des Bundestages.

25

Begründung

27 Die aktuellen Entwicklungen um den Brandenburger Verfassungsschutz legen die Schwäche seiner derzeitigen Struktur als Abteilung des Innenministeriums offen. Dabei sollen diese jedoch nicht als Auslöser des Antrages verstanden werden, vielmehr ist eine Überprüfung der Struktur des Verfassungsschutzes aufgrund der stetig steigenden Herausforderungen ohnehin notwendig.

35 Mit der Einstufung der AfD als gesichert rechts-
36 extrem liegen große Herausforderungen vor dem
37 Verfassungsschutz. Gleichzeitig erhöht sich die Auf-
38 gabenlast durch die Gefahr hybrider Aktivitäten
39 Russlands in Deutschland etwa im Bereich der Spio-
40 nageabwehr und des Sabotageschutzes massiv. Die-
41 se Aktivitäten bedrohen auch Brandenburg unmit-
42 telbar: Neben Einrichtungen der Bundeswehr und

Antrag soll mit Antrag 38 zusammengeführt werden

43 der Rüstungsindustrie ist auch kritische Infrastruk-
44 tur wie Energie, Wasserversorgung oder der Zivil-
45 schutz stark gefährdet.
46 Zur Abwehr dieser Gefahren wird sich der Branden-
47 burger Verfassungsschutz neu aufstellen müssen.
48 Allein der Rechtsextremismus entwickelt sich Bran-
49 denburg alarmierend: Allein die Zahl rechter Ge-
50 walttaten erreichte 2024 mit 273 registrierten An-
51 griffen einen neuen Höchststand. Besonders alar-
52 mierend ist der Anstieg der Gewalt gegen politische
53 Gegner um fast 75%. Mit der Einstufung der AfD
54 als gesichert rechtsextrem wird mit dieser bedenk-
55 lichen Entwicklung nun auch ein erhöhter Beobach-
56 tungsaufwand der AfD einhergehen.
57 Vor diesem Hintergrund zeigen die aktuellen Ent-
58 wicklungen um den Verfassungsschutz in Branden-
59 burg erst recht: Es ist zu prüfen, ob der Verfas-
60 sungschutz in seiner aktuellen Struktur die bevor-
61 stehenden Aufgaben bewältigen und wie das Ver-
62 trauen der Bevölkerung in den Verfassungsschutz
63 gestärkt werden kann. Die Überführung des Ver-
64 fassungsschutzes in eine eigenständige obere Lan-
65 desbehörde bringt, wie das Beispiel in sechs ande-
66 ren Bundesländern (etwa Sachsen, Bayern, Baden-
67 Württemberg, Hessen) deutlich zeigt, viele Vortei-
68 le mit sich. Neben der flexibleren Anpassung an
69 schnell verändernde Sicherheitslagen können auch
70 weitere nachrichtendienstliche Fähigkeiten aufge-
71 baut und gestärkt werden. Bei der Ausbildung neu-
72 er Verfassungsschützer kann effizient auf den Ver-
73 fassungsschutzverbund Bund/Länder zurückgegrif-
74 fen werden. Die Prüfung durch eine Reformkommis-
75 sion soll eruieren, ob dies auch in Brandenburg zu
76 einem erheblichen Mehrwert führen würden.
77 Die aktuelle Situation hat in der Öffentlichkeit ein
78 schlechtes Licht auf den Verfassungsschutz und das
79 MIK geworfen. Die Erfahrungen im Bund zeigen,
80 dass öffentliche Sitzungen des Parlamentarischen
81 Kontrollgremiums zur Vertrauensbildung beitragen.
82 Darüber hinaus können so aktuelle Themen und
83 Entwicklungen durch den Landtag sowie dem Ver-
84 fassungsschutz prominent platziert werden, was
85 die Transparenz und Verständnis erheblich steigert.
86 Diese Maßnahme soll daher ein klares Signal des
87 Vertrauens in den Verfassungsschutz und die sehr
88 gute Arbeit des PKK darstellen.